

Beitrag der Partei der Arbeit Belgiens (PTB)
zur Beratung europäischer Kommunistischer Parteien (*)
Brüssel, 1./2.10.2012

Jo Cottenier, Mitglied des Politbüros der PTB

Seit wir uns hier im April 2011 getroffen haben, hat sich die Krise des kapitalistischen Weltsystems vertieft. Nach einigen kurzlebigen Hoffnungen auf eine Erholung ist die Wirtschaft der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder wieder in eine Rezession gerutscht. Das Zentrum dieser Krise ist die Europäische Union. Viele Beobachter haben schon die bevorstehende Auflösung der Eurozone, den Ausschluss Griechenlands oder die Loslösung Deutschlands angekündigt, was zum Zusammenbruch der Europäischen Union selbst führen würde. Gerade haben wir gesehen, wie drei der weltweit größten Spekulanten, Rothchild, Paulson und Soros, sogar einige Milliarden darauf verwettet haben, dass der Euro zusammenbricht.

Europäische Union auf dem Weg zu einem europäischen Staat

Aber wir sehen gleichzeitig, dass die großen europäischen Monopole mit allen Mitteln darum kämpfen, dass die Europakonstruktion überlebt. Nicht durch radikale Maßnahmen gegen die Spekulation, denn das würde die geheiligte Freiheit der Märkte stören. Mit allen Mitteln bedeutet, entsprechend die finanzielle, wirtschaftliche und politische Vereinigung zu verstärken. Je tiefer die Krise, desto schneller muss die europäische Überstruktur aufgebaut werden. Zu keinem Zeitpunkt des Europäischen Vereinigungsprozesses haben sich die Kommission und der Rat, zwei Organe die noch nicht einmal gewählt wurden, in so kurzer Zeit so viele Rechte selbst zugeignet.

Seit unserem ersten Treffen im Jahre 2011 haben sie sich mit drei zusätzlichen Instrumenten ausgerüstet, um die europäischen Arbeiter bluten zu lassen: dem Haushaltspakt, dem Sixpack und dem Vertrag über Stabilität, Koordination und Regierungsform. Die nächste Ratstagung, die genau hier am 20. und 21. Oktober stattfinden soll, wird diskutieren, wie all dies in einem Finanzministerium der Union zusammengefasst werden kann. Auf diesem Weg entwickeln wir uns schnell hin zu einer Europäischen Union, wie Deutschland sie wünscht. Neulich hat der Europäische Ratspräsident Jose Manuel Barroso dafür plädiert, von einem Konglomerat von Nationalstaaten zu einer Form europäischer Konföderation überzugehen, also zu einer Stufe, die vor einem föderalen europäischen Staat kommt.

Es ist natürlich möglich, dass die Krise und die Revolte der Massen Sand in dieses Getriebe wirft. Aber klar ist, dass wir uns einem Gegner gegenüber sehen, der nicht länger national ist, sondern auf gesamteuropäischer Ebene denkt und handelt. Auch wenn es erhebliche Unterschiede bei der Wirtschaftsmacht zwischen dem Norden und Süden auf der einen Seite und dem Westen und dem Osten auf der anderen Seite gibt, realisiert sich die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals nicht mehr auf nationaler, sondern vor allem auf europäischer Ebene. Auf diese Art haben die Krisen von 1973 und 2008 alles in Stücke geschlagen, was es noch an Belgiens sogenanntem Nationalkapital gab. Die Holding „Generalgesellschaft“, die mit dem belgischen Staat geboren wurde und sich mit der kolonialen Ausbeutung des Reichtums des Kongos mästete, wurde durch sogar noch grausamere Geier geschluckt. Die unangreifbare „Generalbank“, die seit mehr als 150 Jahren mit der belgischen Industrie verwoben ist und dreimal mehr wert ist als das belgische Bruttosozialprodukt, wurde von der französischen Bank BNP-Paribas verfrühstückt. Auf der anderen Seite haben wir gerade erfahren, dass der reichste Franzose, der viertreichste Mensch der Welt, belgischer Staatsbürger wird und nach Brüssel zieht, um den französischen Steuern zu entkommen.

Kurz gesagt und noch einmal: Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der europaweit denkt und handelt. Marx hat einen Grundsatz des historischen Materialismus aufgestellt, dass nämlich der Überbau unausweichlich auf der Entwicklung der Basis beruht. Mit der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals auf europäischer Ebene kämpft die Großbourgeoisie um den Aufbau eines europäischen Staates. Um einen imperialistischen Staat, der besser als der bisherige Flickenteppich von Nationen in der Lage ist, die Interessen des Kapitals weltweit zu verteidigen. Das Auftauchen der kommenden, von China angeführten Länder neben den alten Konkurrenten,

den USA und Japan, hat die Bemühungen der EU, den Euro und die europäische Konstruktion zu retten, verdoppelt. Allein die Tatsache, dass das Alte Europa China um finanzielle Hilfe bitten muss, zeigt das neue Kräfteverhältnis. Die Europäische Union ist eine im Wettbewerb stehende Kampfmaschine gegen die Völker und für die Dominierung der Welt. Dieser imperialistische Charakter der Europäischen Konstruktion wird von allen bürgerlichen Parteien getragen; was einige von ihnen nicht davon abhält, die nationalistische Karte zu spielen, um die arbeitende Klasse und die Massen zu desorientieren. Dafür ist Belgien ein gutes Beispiel, wo die flämischen nationalistischen Parteien ganz klar die Teilung des Landes anstreben.

Falls die Eurozone und die Europäische Union sich aufspalten oder explodieren sollte, so wäre es deshalb, weil die Massen die drakonischen von der Europäischen Union auferlegten Maßnahmen nicht länger aushalten können. Die verschiedenen Demonstrationen und Streiks der letzten Woche in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zeigen, dass es Grenzen der Leiden gibt, die man auferlegen kann. Die Toleranzgrenze der Bevölkerung wird gerade in Griechenland, Portugal, Spanien und bald auch in Italien überschritten. Ganze Zweige der nationalen Industrien werden geschlossen, um die Banken zu retten. Die Arbeitslosigkeit hat mehr als 25% in Ländern wie Griechenland und Spanien erreicht, wobei die Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 50% liegt. Verschiedene Generationen werden auf dem Altar des Profits geopfert und haben keine Perspektive mehr für ein würdiges Leben. In den meisten europäischen Ländern verschlechtern die sogenannten Arzneimittel in Wirklichkeit die wirtschaftliche und soziale Situation noch mehr und heizen die Wut der Massen noch weiter an.

Drei mögliche Strategien

In dieser für die Europäische Bourgeoisie extrem kritischen Situation müssen wir uns nach der Strategie für die kommunistischen Parteien fragen. Sie gehören zur Avantgarde bei der Mobilisierung zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften, der öffentlichen Dienste und der Kaufkraft der Arbeiter, der Hilfsempfänger und ihrer Familien. Überall zeigen wir mit dem Finger auf die tiefere Ursache der Krise, das kapitalistische System und erklären, dass der einzige Weg heraus aus der Barbarei der Sozialismus ist.

Trotzdem müssen wir feststellen, dass es - außer der von der Europäischen Linkspartei vorgeschlagenen Strategie - drei verschiedene Strategien unter unseren Parteien gibt, was die Haltung gegenüber der Europäischen Union betrifft, besonders in der Frage der Forderung nach nationaler Souveränität. Es gibt die Parteien, die eine Rückkehr bzw. Stärkung der nationalen Souveränität als Zwischenschritt verteidigen, um so zu besseren Bedingungen für die sozialistische Revolution zu kommen. Es gibt die Parteien, die unter kapitalistischen Bedingungen die Forderung nach nationaler Souveränität ablehnen, aber sich die Revolution als eine nationale Angelegenheit vorstellen, als Weg, die europäische Union zu verlassen und ein anderes Europa aufzubauen.

Unsere Position:

Ich möchte die dritte Position erläutern - unzweifelhaft eine Minderheitenposition -, nämlich unsere.

Ich nehme dazu ein Beispiel. Seit einigen Jahren schon führt unsere Partei eine Kampagne gegen Sparpolitik und Budgetkürzungen, die als direkte Alternative eine Vermögenssteuer fordert, die acht Milliarden Euro erbringen würde, etwa 2% des belgischen Bruttosozialproduktes. Um zu betonen, dass eine solche Steuer nur die 2% reichsten Belgier betreffen würde, haben wir sie „Millionärssteuer“ getauft. Die Kampagne wird immer wieder entfacht, wenn Maßnahmen gegen das Volk beschlossen werden, so dass das Wort „Millionärssteuer“ als Konzept in der landesweiten Presse schon verankert ist. Es war Kern der Diskussionen unter den Massen und in den Medien als Herr Bernard Arnault, der reichste Mann Frankreichs, die belgische Staatsbürgerschaft beantragte, um Steuern zu vermeiden und sein Erbe ohne Einmischung des französischen Staates planen zu können. Man muss wissen, dass Belgien von der OECD auf eine Stufe mit den Cayman Islands gestellt wird, was die finanziellen Wohltaten für die Kapitalisten und die Reichen anbetrifft.

Die bürgerlichen Parteien antworten uns darauf oft: Ja, aber in den letzten zwanzig Jahren haben alle anderen europäischen Länder die Vermögenssteuer immer mehr abgeschafft. Die einzige

Ausnahme ist Frankreich mit dem Ergebnis, dass alle reichen Franzosen mit ihren Vermögen fliehen.

europaweit handeln

Wir haben ihnen darauf immer geantwortet: Das einzige Mittel, dem abzuweichen, ist eine solche Steuer in ganz Europa wieder einzuführen, und wir in Belgien müssen die sein, die dieses Beispiel geben. Also, und jetzt wende ich mich an alle hier vertretenen Parteien, warum sollten wir eine solche Kampagne nicht europaweit anstoßen? Ihr könnt selbst ausrechnen, wie viel 2% des Bruttosozialprodukts, die sich jetzt bei den Reichen anhäufen, dazu beitragen würden, die Leiden der Volksmassen stark zu verringern. Bis jetzt steht sogar im Lissabonner Vertrag, der europäischen Verfassung, nichts, was gegen die Einführung einer solchen Steuer auf nationaler Ebene sprechen würde. Aber unsere Partei möchte noch weiter gehen. Warum sollten wir nicht eine solche Maßnahme auf europäischer Ebene direkt gegen die Memoranden, die Haushaltsdiktate, die Privatisierungsanordnungen und die Angriffe auf die Renten als Alternative stellen?

Einige könnten Bedenken formulieren:

- Ist es nicht die reformistische Art der Europäischen Linkspartei, ein „anderes Europa“ zu propagieren? Genossinnen und Genossen, lasst es uns klar sagen: Wir haben alle nicht die Illusion, dass der Europäische Staat als Konstruktion reformiert werden könnte. Wir glauben nicht an ein „anderes Europa“ im Kapitalismus, ebenso wenig wie an ein „anderes Belgien“ im Kapitalismus. Aber wir glauben, dass es keinen qualitativen Unterschied zwischen dem bourgeoisen und imperialistischen Charakter des Nationalstaates und dem Charakter des sich herausbildenden Europäischen Staates gibt. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Aufbau dieses europäischen Staates nur möglich ist, weil er dem politischen Willen aller bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokraten, Nationalisten und Grünen entspricht.

Nein, das ist nicht der reformistische Weg einer „demokratischen und sozialen“ kapitalistischen Europäischen Union. Aber strategisch gesehen halten wir es für ausgeschlossen, dass die sozialistische Revolution in Belgien oder irgendeinem isolierten Land auf dem europäischen Kontinent alleine kommen kann. Wir glauben, dass die sozialistische Revolution auf Ebene zumindest eines großen Teils des Kontinents gemacht wird. Wir denken, dass die sozialistische Revolution auf einen Gegner trifft, der auf Ebene des gesamten Kontinents oder zumindest Teilen davon organisiert ist. Wir verteidigen die Ansicht, dass wir uns auf die Zukunft hin orientieren und nicht zur nationalen Souveränität des 19. Jahrhunderts zurückgehen sollten.

- Bedeutet, eine Forderung an die europäische Union zu richten nicht, die EU als reaktionären Staat zu akzeptieren? Nein, das bedeutet es nicht, aber es geht von der Tatsache aus, dass die EU existiert und nicht ohne eine sozialistische Revolution verschwinden wird, die sie durch eine europäische Förderung sozialistischer Staaten ersetzen wird. Selbst wenn es Brüche gibt, werden sie nicht zu einer Rückkehr zu den Nationalstaaten führen, wie es sie vor dem Vertrag von Rom gab. Also warum sollten wir uns nicht daran gewöhnen, auf der Ebene des Kontinents zu denken und zu handeln, sowie es auch die Unternehmer, die Beschäftigten, die Bourgeoisien und die Europäische Linkspartei tun? Es ist nur zu unserem Vorteil, die Ziele des Kampfes gegen den entstehenden Europäischen Staat zu vereinheitlichen.

Jede unmittelbare Forderung kann immer in zwei verschiedene Richtungen führen: Entweder kann sie das Bewusstsein der Massen stärken und sie organisieren, so dass sie vorankommen können und die Forderungen ihren Kampf begleiten und eine Perspektive der sozialistischen Revolution eröffnen - oder aber sie verbreitet Illusionen und versucht die Widersprüche des Kapitalismus abzumildern. Genau wie auf nationaler Ebene glauben wir nicht, dass wir auf unmittelbare Forderungen „nicht nur defensiver, sondern auch offensiver Art“ aus reiner Angst vor einem Abgleiten in den Reformismus verzichten sollten.

Natürlich liegt das Hauptgebiet und die Hauptverantwortung einer kommunistischen Partei zunächst einmal im eigenen Land. Hier hat sie ihre Wurzeln, hier kennt sie die Besonderheiten und hier kann sie handeln, um die Spitze der Bewegung und die Massen zu organisieren. Aber wären wir nicht in unserer praktischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene schon weiter,

wenn wir die Überzeugung hätten, dass der schließlich entscheidende Kampf nicht nur im eigenen Land stattfinden wird, sondern auf der Ebene zumindest eines Teil des Kontinents?

Seit sieben Jahren organisieren wir jetzt Treffen mit vier kommunistischen Parteien aus Nachbarländern, denen aus Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg und Belgien. Wir arbeiten sowohl an politischer Vereinigung als auch an praktischer Zusammenarbeit. Jedes Jahr halten wir eine Konferenz zu einem speziellen Thema ab, wir bringen gemeinsame Stellungnahmen und Dossiers heraus, wir organisieren gemeinsame Militanz bei europäischen Demonstrationen in Brüssel oder Luxemburg. Wir können sagen, dass wir versuchen, in der gleichen strategischen Richtung zu arbeiten, was uns hilft schneller zu lernen und voranzukommen.

Wir können uns fragen, ob die internationale Wirkung der Kämpfe und Demonstrationen in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich nicht noch viel größer wäre, wenn sich die Arbeiter auf gemeinsame europäische Slogans einigen könnten.

Auch wenn es immer noch Unterschiede auf dem Weg und in der Taktik hin zur sozialistischen Revolution geben wird, meinen wir, dass wir zu mehr praktischer Zusammenarbeit kommen und gemeinsame Kampagnen entwickeln sollten - und, warum auch nicht, schon über ein gemeinsames Herangehen an die Europawahlen 2014 nachdenken sollten.

Das waren einige Themen, die wir euch unterbreiten wollten.

(*) „ Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zur kapitalistischen Krise: Assimilierung oder Bruch? Die Illusion eines volksfreundlichen Kapitalismus und der Kampf der Kommunisten für die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen für die Überwindung des Kapitalismus“

Übersetzung: Jürgen Köster

Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt